KULTURMINISTER
KONFERENZ

Gemeinsame Erklärung der Kulturministerinnen und -minister sowie -senatoren zu einer freiheitlichen Kunst- und Kulturlandschaft in Deutschland aus Anlass des diesjährigen Bauhaus-Jubiläums (Dessauer Erklärung)

(Beschluss der Kulturministerkonferenz vom 20.08.2026
für die Kultusministerkonferenz)

SEKRETARIAT DER KULTUSMINISTERKONFERENZ

BERLIN · Taubenstraße 10 · 10117 Berlin · Postfach 11 03 42 · 10833 Berlin · Telefon +49 30 25418-499
BONN · Graurheindorfer Straße 157 · 53117 Bonn · Postfach 22 40 · 53012 Bonn · Telefon +49 228 501-0

Die für Kultur zuständigen Ministerinnen und -minister sowie Senatoren der deutschen Länder beglückwünschen die Stiftung Bauhaus Dessau zur 100. Wiederkehr der Errichtung des von nationalsozialistischen Kräften aus Weimar vertriebenen Bauhauses in Dessau. Sie erkennen die hervorragende Arbeit an, die von diesem Welterbe seit 1990 geleistet worden ist, und wünschen der Stiftung eine weiterhin erfolgreiche Arbeit in der internationalen Gemeinschaft der UNESCO-Welterbe-Institutionen.

Sie erneuern aus diesem Anlass ihr Bekenntnis aus dem Jahr 2019, kulturelle Vielfalt in einer freien, offenen und demokratischen Gesellschaft zum zentralen Maßstab ihrer Entscheidungen zu machen. Sie weisen darauf hin, dass nach Art. 28 Abs. 1 GG „die verfassungsmäßige Ordnung in den Ländern den Grundsätzen des republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Sinne dieses Grundgesetzes“ entsprechen muss. Die Beachtung dieses Homogenitätsgebotes ist eine wesentliche Grundlage der Zusammenarbeit der Länder und des Bundes in ihrer föderalen Gemeinschaft.

Dafür ist grundlegende Voraussetzung, dass in allen deutschen Ländern die Freiheit der Kunst und der Meinungsäußerung gewährleistet ist, die für Künstlerinnen und Künstler sowie gleichermaßen für Kultureinrichtungen gilt. Die Achtung der Freiheit der Kunst ist Gradmesser gesellschaftlicher und demokratischer Freiheit.

Es ist und bleibt die gemeinsame Aufgabe der aufeinander abgestimmten förder-, struktur- und ordnungspolitischen Initiativen des Bundes und der Länder in der Kulturpolitik, Räume zur Ausübung dieser Freiheiten zu schützen und – wo möglich – zu erweitern. Gerade im Hinblick auf das Schicksal des Bauhauses in der Weimarer Republik betonen sie, wie wichtig es ist, dass Kunst und Kultur ihre Wirkung ohne politische Vorgaben und ohne Angst vor finanziellen Sanktionen oder anderen Formen von Zensur entfalten können.